



Detaillierte Auskunft der Landesregierung

Ermittlungen nach Neonazi-Randalen in Apolda: Täter aus zwölf Bundesländern

Am 1. Mai 2017 nahm die Polizei über 100 Neonazis, die in Apolda randaliert hatten, vorübergehend fest. Zu den Ermittlungen gibt es nun neue Erkenntnisse. Dazu Katharina König-Preuss, Sprecherin für Antifaschismus der Fraktion DIE LINKE:

„Auf der Rückfahrt von einer Neonazi-Versammlung in Halle hatte sich eine bis zu 350 Personen starke Gruppe in Merseburg geteilt. 200 bis 250 Neonazis verließen den Bahnhof sowie ein kompletter Einsatzzug der Bundespolizei, der zur Begleitung vorgesehen war. 100 Neonazis fuhren ohne Begleitung der Bundespolizei nach Thüringen und trafen sich am Apoldaer Bahnhof mit weiteren per PKW Zugereisten, um eine ‚Spontandemonstration‘ durchzuführen, von der aus es erhebliche Angriffe auf die dortigen Einsatzkräfte der Thüringer Polizei gab. Von den über 100 Festgenommenen stammte die Hälfte aus Thüringen, die andere Hälfte aus elf weiteren Bundesländern. In den organisatorischen Ablauf eingebunden war laut der Thüringer Landesregierung die Neonazi-Gruppe ‚Antikapitalistisches Kollektiv‘ (AAK).“

Das AAK hatte mit einem „hohen Gewaltpotential“ mobilisiert. Am 1. Mai jubelte die Gruppierung, die sich den „Autonomen Nationalisten“ zurechnet, auf dem Kurznachrichtendienst Twitter mit Phrasen, wie „Große militante Spontandemonstration in Apolda. Polizei hat Angst“, „Polizei wurde zurückge-

drängt und beworfen. Wir holen uns die Straße zurück“, „Die Straße gehört uns! Polizei hat Angst“ und „Völlige Eskalation in #Apolda“.

Wie die Landesregierung auf eine Anfrage der LINKE-Abgeordneten nun mitteilte (http://www.die-linke-thl.de/file-admin/lv/dokumente/presse/sonstiges/DRS64184_1Mai_Apolda.pdf), wurden von den Neonazis drei Fahrzeuge der Thüringer Polizei beschädigt. Ein Funkstreifenwagen wurde „massiv mit Steinen und Flaschen beworfen“, auch die Doppelglasscheibe eines Versicherungsgebäudes wurde beschädigt.

Wo das AAK auftritt, besteht erhöhtes Gewaltpotential

„Dass über 100 gewaltbereite Neonazis unbegleitet eine Stunde lang von Sachsen-Anhalt nach Thüringen mit dem Zug reisen, ist schon ein Sicherheitsrisiko und schwer nachvollziehbar. Ich bin froh, dass die Landespolizei daraufhin vorsorglich an mehrere Bahnhöfe Beamte entsandte und nach dem Ausstieg der Neonazis am Bahnhof Apolda zügig weitere Kräfte alarmierte, um so letztendlich einen Großteil der 150 Randalierer dingfest zu machen“, so Katharina König-Preuss.

Von den 103 wegen Landfriedensbruchs vorläufig Festgenommenen stammten 55 aus Thüringen, 16 aus Hessen, 9 aus Baden-Württemberg, 6 aus Rheinland-Pfalz. Weitere 17 verteilten sich auf Berlin, Brandenburg, Niedersachsen, Bayern, NRW, Sachsen,

Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein. Wie die Landesregierung mitteilte, werden die 55 Thüringer Tatverdächtigen den zwölf folgenden extrem rechten Gruppierungen zugeordnet: „Antikapitalistisches Kollektiv“ (AKK), „Kollektiv56“, „Aktionsgruppe Weimarer Land“, „Pro Ohrdruf“, „Nationale Jugend Gotha“, „Division Gotha“, „Nationaler Aufbau Eisenach“ (Zusammenschluss von „Nationale Jugend Eisenach-Wartburgkreis“ und „Jugend-offensive Wartburgkreis“), „Garde 20“, „Kommando EKS“, „Sturm 29 - NaHoo“, „Werwölfe Thüringen“ und „Division Braune Wölfe“.

„Die Landesregierung gibt Hinweise für Gefahrenprognosen. Dort, wo das AAK aufträte, könne von einem erhöhten Gewaltpotential ausgegangen werden. Dem Thüringer Ableger der AAK, dem Kollektiv 56 im Großraum Erfurt, werden mehrere gewalttätige Aktionen zugerechnet, darunter eine Körperverletzung in einem Erfurter Schnellimbiss, das Eindringen in die Erfurter Engelsburg, zerstörte Scheiben am Bahnhof Vieselbach und der Überfall auf das Alternative Jugendzentrum (AJZ) in Erfurt am 5. Mai 2016. Angesichts des Gewaltpotentials der Gruppe und vor dem Hintergrund des neuerlichen Übergriffs von Neonazis auf das Erfurter AJZ, bei dem mindestens ein Täter vom ersten Überfall wiedererkannt wurde, hoffen wir, dass die Sicherheitsbehörden das AAK noch stärker in den Blick nehmen, um Straftaten konsequent zu verfolgen.“ ■

AKTUELL

Scheinheiliger „Funklochmelder“ Mike Mohring

Die CDU vermeldete jetzt den Start ihrer neuen Webseite „funklochmelder.de“ und forderte mehr staatliches Engagement, um Funklöcher zu reduzieren und den Breitbandausbau voranzutreiben.

Katharina König-Preuss, netzpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Thüringer Landtag, und Ralph Lenkert, technologiepolitischer Sprecher der LINKEN im Bundestag, begrüßen, dass die CDU erkennt, dass der Markt nicht in der Lage ist, die Bedürfnisse der Bürger nach Breitbandversorgung und Mobilfunk mit den Profitzielen unter einen Hut zu bringen: „Mike Mohring geht mit seiner CDU scheinheilig gegen Missstände an, denn mit der Entscheidung der Union 1994, die Bundespost zu privatisieren, wurde die Telekommunikati-

on den Interessen des Marktes und der privaten Gewinnlogik untergeordnet. Die daraus resultierenden Fehlentwicklungen im Ausbau werden mit immer mehr staatlichen Milliarden für das Schließen von Wirtschaftlichkeitslücken gefüllt.“

Ralph Lenkert betonte, dass eine flächendeckende Versorgung mit Telekommunikationsdiensten gemäß Grundgesetz eine eindeutige Zuständigkeit des Bundes ist, die dieser an private Dienstleister übertragen habe. „Der Spielraum der Länder ist beim Mobilfunk marginal. Um eine bessere Abdeckung mit Mobilfunk und Breitband in den ländlichen Räumen zu erreichen, hat DIE LINKE im Bundestag mehr Haushaltsmittel und strenge Vorgaben für Mobilfunkanbieter gefordert. Leider waren der CDU die 'schwarze

Null', die Steigerung der Rüstungsausgaben und das Wohlwollen der Mobilfunkbetreiber wichtiger als die Schließung von Funklöchern. Statt Funklochmelder zu spielen, sollte Mike Mohring seine CDU zum Handeln bringen.“

Zudem unterstütze die Landesregierung gerade im Breitbandausbau massiv die Kommunen, ergänzte Katharina König-Preuss: „Die Thüringer Kommunen haben 175 Millionen Euro Bundesförderung im vergangenen Jahr beantragt. Die Landesregierung hat zugesichert, den kommunalen Eigenanteil für diese Förderprogramme zu übernehmen. Mit den dadurch angeschobenen 450 Millionen Euro Investitionen wird nach Einschätzung des Wirtschaftsministeriums eine flächendeckende Breitbandversorgung in Thüringen gewährleistet werden können.“ ■

KOMMENTIERT:

von Ina Leukefeld

Teilzeitarbeit in Kitas

Wie eine Analyse der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit zeigt, waren in Thüringen zum 30. Juni 2016 rund 37.300 Personen im Bereich Erziehung, Sozialarbeit und Heilerziehungspflege tätig.

Darunter befanden sich rund 23.000 Personen in Einrichtungen mit Kindertagesbetreuung und -erziehung. Interessanter Fakt ist die Tatsache, dass in 2016 davon 17.000 Beschäftigte in Teilzeit und 6.400 Vollzeit tätig waren. Damit hat Thüringen neben Sachsen (79,1 Prozent) und Sachsen-Anhalt (74,8 Prozent) den höchsten Teilzeitanteil im Vergleich aller Bundesländer. 53,2 Prozent der gemeldeten Stellenangebote in 2016 waren reine Teilzeitstellen, dieser Anteil hat sich um drei Prozent erhöht.

Dabei ist unklar, inwieweit der hohe Anteil von Teilzeitkräften auf die zunehmend flexibleren Betreuungszeiten in Kindertageseinrichtungen zurückgeht oder aber die Wünsche der Beschäftigten nach Teilzeitarbeitsverhältnissen abbildet. Meine Erfahrungen aus vielen Gesprächen mit Beschäftigten besagen, dass Teilzeit zwar gut ist, aber angesichts des niedrigen Verdienstes gerade von jungen Frauen und Männern abgelehnt wird.

Erhellend ist in diesem Zusammenhang auch die Aussage in der Analyse, dass im Bereich Kinderbetreuung in 2016 knapp 40 Prozent der Beschäftigten älter als 50 Jahre (9.069 Personen) und weniger als sechs Prozent (1.321 Personen) unter 25 Jahre alt waren. Zwar ist etwa die Hälfte zwischen 25 und unter 50 Jahren alt, aber wenn kein entschiedener Verjüngungsprozess eintritt, wird sich der Anteil der Älteren weiter erhöhen. Da stellt sich die Frage, wie attraktiv der Erzieherberuf für junge Frauen und Männer ist.

Man muss sich nicht wundern, dass viele junge Menschen abwandern und zahlreiche Erzieherstellen in Thüringen vakant sind, übrigens ansteigend. Der Gehaltsunterschied in Vollzeit beträgt im Vergleich zu Bayern laut Studie fast 168 Euro, zu Hessen 357 Euro, zu Niedersachsen 179 Euro. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten liegt zudem in Bayern und in Hessen unter 60 Prozent. Die Forderung kann nur lauten, tarifgerechte Entlohnung.

Da ist noch viel zu tun, um bei steigender Kinderzahl eine qualitativ gute Betreuung in den Kindertagesstätten, die sich immer mehr zu Bildungs- und Familienzentren entwickeln sollten, zu erreichen. ■